

# Warum sind die MAS keine Vorstufe der Kollektivierung?

Konsultation der Abt Propaganda des ZK der SED

„Ist die MAS eine Vorstufe oder die erste Phase der Kollektivierung?“ Diese Frage stellten die Genossen einer Politischen Grundschule in Stolpe im Kreis Neustrelitz.

Die Schaffung der MAS ist weder eine Vorstufe noch die erste Phase der Kollektivierung. Zu welchem Zweck wurden die Maschinenausleihstationen errichtet? Sie wurden errichtet, um den werktätigen Bauern, besonders unseren Neubauern, zu helfen, ihre Wirtschaften zu festigen. Unsere Neubauern, die durch die Bodenreform Land erhalten hatten, waren nicht im Besitz von genügend Zugvieh. Viele Klein- und Mittelbauern hatten infolge des hitlerischen Raubkrieges ebenfalls ihr Vieh und ihre landwirtschaftlichen Geräte verloren. Wollten diese werktätigen Bauern ihr Land rechtzeitig bestellen und die Ernte einbringen, so waren sie gezwungen, sich sehr oft um Hilfe an die Großbauern zu wenden. Diese Lage wurde von den Großbauern meist ausgenutzt, um die werktätigen Bauern auszubeuten (durch hohe Gegenlieferung von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten, durch hohe Preise, durch Abarbeit usw.). Damit gerieten die werktätigen Bauern oft in materielle und damit in gewissem Sinne auch politische Abhängigkeit vom Großbauern.

Durch die Schaffung der MAS wurde dieser Zustand im wesentlichen beendet. Die werktätigen Bauern sind so in der Lage, mit Hilfe der Maschinenausleihstationen sich wirtschaftlich zu festigen und damit immer besser ihren Pflichten gegenüber dem gesamten Volk nachzukommen. Durch die Maschinenausleihstationen wird gleichzeitig eine bessere Bodenbearbeitung erreicht und somit eine Ertragssteigerung herbeigeführt. Diese kommt den einzelnen werktätigen Bauern zugute und trägt dazu bei, unsere Ernährungslage ständig zu verbessern. Durch die Schaffung der Kulturhäuser bei den Maschinenausleihstationen wird gleichzeitig das kulturelle Leben auf dem Dorfe gefördert.

Die Maschinenausleihstationen in der Deutschen Demokratischen Republik haben also die Aufgabe, den werk-

tätigen Bauern zu helfen, ihre Wirtschaften zu festigen, und zur weiteren Demokratisierung des Dorfes beizutragen. Damit wurde ein Beispiel für ganz Deutschland geschaffen, wie in einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung die materielle und kulturelle Lage der werktätigen Bauern ständig verbessert werden kann.

Wenn die Genossen die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion genau studieren, so müssen sie erkennen, daß man zur Kollektivierung nicht schreiten kann ohne die Diktatur des Proletariats. In der Deutschen Demokratischen Republik haben wir keine Diktatur des Proletariats, sondern eine antifaschistisch-demokratische Ordnung, in der die Arbeiterklasse entscheidende Positionen innehat. Diese Ordnung ist eine demokratische Staatsordnung, die auf dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien beruht.

Genosse Ulbricht sagte in seiner Rede auf dem 5. Plenum des ZK:

„Wir führen den Kampf um ein friedliches demokratisches Deutschland. Die Genossen, die die Frage der Kollektivierung stellen, stellen die Frage des Sozialismus als Aktionsaufgabe, wobei sie ausgerechnet bei der Landwirtschaft anfangen wollen. Das ist ein strategischer Fehler.“

Auf unserem III. Parteitag der SED wurde ausdrücklich erklärt, daß die gegenwärtige Struktur der Landwirtschaft beibehalten wird.

Die Errichtung der Maschinenausleihstationen kann also keine Vorstufe und nicht die erste Phase der Kollektivierung sein. Die MAS haben die Aufgabe, den werktätigen Bauern zu helfen, ihre Aufgaben im Fünfjahrplan zu erfüllen. Sie sind gleichzeitig ein Instrument, um das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen.

(Abdruck aus „Neues Deutschland“ vom 5. Mai 1951.)

KARL GÖTZ

## Über Schwächen der Parteiarbeit, die sich bei der Verschmelzung der VdgB mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften zur VdgB (BHG) ergaben

Um die im Fünfjahrplan gestellten Aufgaben für die Landwirtschaft erfolgreich zu lösen, die Demokratisierung des Dorfes weiter voranzutreiben und den reaktionären Einfluß großbäuerlicher Elemente in den Leitungen der bäuerlichen Organisationen weitgehendst auszuschalten, verlangten die werktätigen Bauern im vergangenen Jahre immer entschiedener eine einheitliche Organisation, die in der Lage ist, die gewaltigen Aufgaben zu lösen.

Nach einer eingehenden Prüfung des Zustandes der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe sowie des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften, faßten beide Organisationen den Beschluß, sich zu einer einheitlichen Organisation zur Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft) zusammenschließen, um in gemeinsamer Arbeit verstärkt für den Kampf um die Erhaltung des Friedens, der Herstellung der Einheit Deutschlands sowie der Hebung des Wohlstandes unserer gesamten Bevölkerung einzutreten.

Da früher in manchen Dörfern die Vorstände und Aufsichtsräte der VdgB und der Genossenschaften einen rein großbäuerlichen Charakter trugen und gegen die Interessen der werktätigen Bauern arbeiteten, war es bei der Verschmelzung notwendig, das größte Augenmerk auf die Zusammensetzung der neuen Leitungen zu legen. Es war klar, daß dabei mit einem starken Widerstand der Leute zu rechnen war, die ihre Positionen in diesen Organisationen gefährdet sahen und die deshalb den Versuch unternahmten, die Verschmelzung zu verhindern. Um diesen Widerstand zu brechen war es notwendig, vorher unter den werktätigen Bauern eine breite Aufklärungsarbeit über die Ziele und Aufgaben der neuen Organisation zu entfalten, damit

erreicht wird, daß nur die besten werktätigen Bauern als Funktionäre der VdgB (BHG) die Interessen der werktätigen Bauern vertreten.

Um die beiden bäuerlichen Organisationen bei der Verschmelzungskampagne gut zu unterstützen, faßte das Zentralkomitee unserer Partei den Beschluß, daß unsere Genossen in den Ländern und Kreisen im Monat Dezember 1950 seminaristische Beratungen mit den verantwortlichen Genossen Funktionären und den Sekretären der ländlichen Ortsgruppen auf den verschiedensten Gebieten in der Landwirtschaft organisieren und in den Grundeinheiten unserer Partei eine Versammlung durchführen, in der die politische Bedeutung des Zusammenschlusses und der neuen Organisation erläutert werden sollte.

Während des Verlaufes der Verschmelzung zeigte sich bereits, daß von einem großen Teil unserer Genossen die Bedeutung einer einheitlichen Organisation der werktätigen Bauern in unserem gegenwärtigen Ringen um die Erhaltung und Festigung des Friedens und der Herstellung der demokratischen Einheit unseres Vaterlandes unterschätzt wurde.

Selbst bei verantwortlichen Genossen im Zentralverband der VdgB zeigte sich diese Schwäche, die vor allem in der Herausgabe der Richtlinien über die Verschmelzung auf der Ebene der Kreise und Dörfer zum Ausdruck kam. Man umriß zwar in diesen Richtlinien klar wie die Verschmelzung organisatorisch vor sich gehen sollte, versäumte aber dabei die politische Notwendigkeit und Bedeutung des Zusammenschlusses so zu erklären, wie es notwendig gewesen wäre. Diese Schwäche äußerte sich auch in der mangelhaften ideologischen Unterstützung und operativen Anleitung durch den Zentralverband während der Verschmelzung. Man beschränkte sich fast ausschließlich auf einge-